

Makro Research Volkswirtschaft Spezial

20. Mai 2025

The Deka logo is displayed in white on a red background. It consists of three small squares followed by the word "Deka" in a bold, sans-serif font.

Neue Regierung, alte Probleme – packen wir's an!

Seit Jahren stagniert das deutsche Bruttoinlandsprodukt, teils als Folge konjunktureller Schocks, aber leider auch aus strukturellen Gründen. Den Großkoalitionären ist bewusst, dass alles für mehr Wachstum in Deutschland getan werden muss. Das ökonomische Ziel ist klar, doch über die Wege dorthin dürfte politisch gerungen werden. Im neuen Frühjahresgutachten des Sachverständigenrates sollen für den neuen Weg erste Leitplanken gesetzt werden, beispielsweise für den Bürokratieabbau. Wir schauen auf die Herausforderungen, die vor Deutschland und der neuen Bundesregierung liegen.

Makro Research:

Tel. (0 69) 71 47 – 28 49
E-Mail: economics@deka.de

Chefvolkswirt:

Dr. Ulrich Kater, Tel. (0 69) 71 47 – 23 81
E-Mail: ulrich.kater@deka.de

Internet / Impressum :

<https://deka.de/deka-gruppe/research>
<https://deka.de/deka-gruppe/impressum>

20. Mai 2025

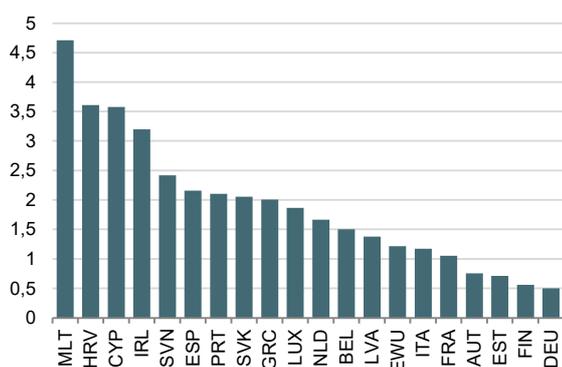
Strukturwandel und Reformstau

Es ist ein perfekter Sturm, in dem sich Deutschland derzeit befindet. Seit Jahren stagniert das deutsche Bruttoinlandsprodukt, teils als Folge konjunktureller Schocks, aber leider auch aus strukturellen Gründen. Letztere haben ihre Ursache nicht nur in Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds, sondern sind auch die Folge politischen Handelns (beispielsweise die Klimawende) wie auch Nicht-Handelns (Reformstau). Solche strukturellen Probleme sind weitaus gravierender als die konjunkturellen, denn sie wirken langfristig. Ihre Beseitigung oder zumindest Verringerung sollte im Fokus der neuen Bundesregierung stehen. Sie kann viel bewegen und sich große Verdienste erwerben. Dies erfordert Mut und Selbstlosigkeit, denn wie im Fall der Agenda-Reformen von Anfang der Nullerjahre werden manche Früchte möglicherweise noch nicht in dieser Legislaturperiode geerntet werden können.

Wachstumskrise in Deutschland

Die strukturellen Belastungen der deutschen Wirtschaft lassen sich am besten am Potenzialwachstum ablesen. Mitte der Zehnerjahre lag es noch bei rund 1½ %, aktuell wird es mit rund ½ % beziffert. Kein anderes Industrieland hat auf mittlere Sicht solch geringe Wachstumsperspektiven.

Abb. 1 Potenzialwachstum (in %)



Quellen: OECD, EU, DekaBank

Die Herausforderung für die neue Bundesregierung liegt darin, Reformen für den Standort Deutschland anzugehen, die seit mehr als zehn Jahren von allen Regierungen vor sich hergeschoben wurden. Diese Reformen sind notwendig, aber leider oftmals unpopulär. Zuletzt kamen mit dem Krieg in der Ukraine und mehr noch mit dem immer stärker um sich greifenden Protektionismus Katalysatoren hinzu, die ein „Weiter so“ unmöglich machen.

Die Weltwirtschaft verändert sich

Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg basierte vor allem auf einer florierenden Exportwirtschaft. Erste Risse in das deutsche Geschäftsmodell kamen mit der globalen Finanzkrise. Seit dieser Zeit wächst der Welthandel langsamer und nur noch in etwa dem Tempo des Welt-Bruttoinlandsprodukts. Seit Mitte der Zehnerjahre kommt hinzu, dass nicht nur die Exportabsatzmärkte langsamer wachsen, sondern es vielmehr auch den deutschen Unternehmen immer weniger gelingt, an diesem Wachstum zu partizipieren. Das zeigt der OECD-Indikator der Exportmarktperformance für Deutschland eindrucksvoll: Seit 2015 sinkt dieser Indikator, was darauf hindeutet, dass die deutschen Exporte langsamer zunehmen bzw. schneller sinken als die Importe der Abnehmerländer.

Die Gründe hierfür sind leider zahlreich. Einer davon ist der Aufstieg Chinas. Die Volksrepublik war viele Jahre, darunter auch in der schwierigen Phase der europäischen Schuldenkrise, einer der wichtigsten Abnehmer deutscher Produkte. Getrieben vom Willen zu mehr Autarkie und zu einer stärkeren Exportwirtschaft hat sich China den Wirtschaftsbereichen zugewendet, in denen die deutschen Unternehmen seit langem Platzhirsche waren. Die Folge ist nicht nur, dass die Geschäfte in China selbst schlechter laufen, sondern auch, dass die Konkurrenz auf den Weltmärkten zugenommen hat. Die Volksrepublik kann dort immer bessere Qualität zu günstigen Preisen anbieten.

Ein weiterer Grund ist der zunehmende globale Protektionismus, d.h. die Zunahme von Handelsbeschränkungen. Der „Liberation Day“ vom 2. April 2025, an dem US-Präsident Trump umfangreiche Zollerhöhungen gegenüber den US-Handelspartnern in aller Welt verkündete, war der vorläufig traurige Höhepunkt der Protektionismuswelle. Allerdings hat sie schon viel früher begonnen. Schon nach der globalen Finanzkrise begann die Anzahl der Handelshemmnisse anzusteigen, seien es Importbeschränkungen, Exportrestriktionen oder Exportförderungen. Seither nagt der Zahn des Protektionismus beständig an den Erfolgen der Globalisierung. Mit dem Zoll-Tsunami Donald Trumps könnten aber die Spielregeln dramatischer als je zuvor geändert werden. Sollte sich diese Politik verfestigen, werden bei der Wahl der Produktionsstandorte nicht mehr die besten Produktionsbedingungen die entscheidende Rolle spielen, sondern zunehmend das Zollregime. Bestenfalls ist das kostentreibend, schlimmstenfalls führt es zu Produktionsverlagerungen in die jeweiligen Zollregionen.

Standortbedingungen rücken in den Fokus

In diesem Umfeld ist es wichtiger denn je, am heimischen Standort gute Bedingungen für Unternehmen zu schaffen.

20. Mai 2025

Diese würden eine effiziente und damit kostengünstige Produktion hierzulande erlauben und es erleichtern, über die Zollschranken anderer Länder zu springen. Gleichzeitig könnte damit auf dem heimischen EU-Markt und auf den freien Märkten im Rest der Welt die ausländische Konkurrenz auf Distanz gehalten werden. Die neue Bundesregierung täte daher gut daran, die ideologischen Scheuklappen abzustreifen und mit Weitsicht die notwendigen Reformen voranzutreiben. Wo Ansatzpunkte sind, zeigt eine Umfrage des IW Köln auf.

Abb. 2 Prioritäten der Unternehmen für die neue Bundesregierung (Nennungen in %)



Quellen: IW, DekaBank

Bürokratie reduzieren

In nahezu allen Umfragen unter deutschen Unternehmen werden Bürokratie und Regulierung als erste bei den Belastungen genannt. Tatsächlich sind die **Bürokratiekosten** in die Höhe geschossen. Eine aktuelle Untersuchung der KfW kommt zu dem Ergebnis, dass im Mittelstand beinahe 7 % der Wochenarbeitszeit aller Beschäftigten für die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben verwendet werden muss. Auch Planungs- und Genehmigungsprozesse müssen verschlankt werden. Nicht zuletzt mit Blick auf die Infrastrukturdefizite und die Umsetzung des Infrastrukturpakets der neuen Bundesregierung ist dies dringend geboten.

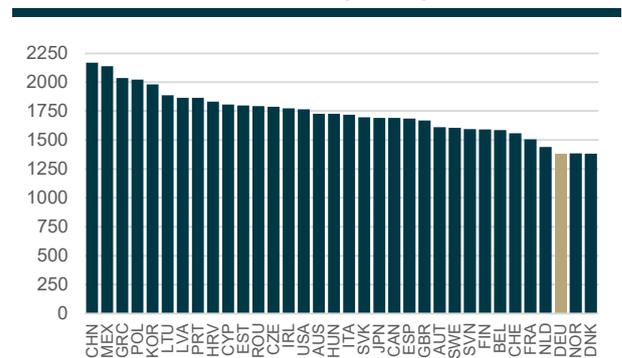
Dabei schneidet die deutsche **Verwaltung** im internationalen Vergleich wegen der Einhaltung der Regeln, der geringen Korruptionsanfälligkeit und ihrer Effizienz eigentlich noch gut ab (Abb. 5). Es geht also weniger um die Kompetenz der Verwaltung, sondern vielmehr um das ausufernde und immer komplexer werdende Regelwerk, das sie umsetzen muss und von dem sie selbst gelähmt wird.

Zu wenig und zu teure Arbeit

Arbeit war in Deutschland schon immer teuer, aber angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung drohen weitere Arbeitskostensteigerungen. Nicht wenige Ökonomen halten die **demografische Entwicklung** für die am besten prognostizierte Krise. Schon seit Dekaden ist klar, dass die deutsche Bevölkerung schrumpfen wird und damit der Produktionsfaktor Arbeit knapper und noch teurer wird. Es gilt also,

alles dafür zu tun, ein ausreichendes Arbeitsvolumen am Standort Deutschland bereitzustellen. Das beginnt bei der reinen Anzahl an Arbeitskräften, deren Rückgang durch Zuwanderung, verstärkte Anreize zur Aufnahme von Vollzeitjobs und eine längere Lebensarbeitszeit abgebremst werden kann. Gleichzeitig muss die jährliche **Arbeitszeit** pro Kopf erhöht werden. Nur in Norwegen und Dänemark ist diese noch niedriger als in Deutschland (Abb. 3). Denkbar ist eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit oder eine Reduzierung von Urlaubs- oder Feiertagen.

Abb. 3 Jährliche Arbeitszeit pro Kopf (in Stunden)



20. Mai 2025

weil alle nicht der Körperschaftsteuer unterliegenden Unternehmen der Einkommensteuer unterworfen sind.

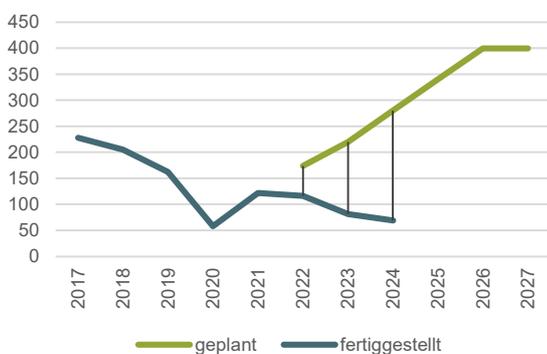
Alte Standortvorteile erhalten

Bei aller Kritik darf natürlich nicht vergessen werden, dass der Standort Deutschland auch viele Vorzüge hat. Dazu gehören die Bereiche Bildung und Forschung. Allerdings sind diese Standortvorteile keine Selbstläufer. Gerade im **Bildungsbereich** drohen Verschlechterungen angesichts der Defizite bei frühkindlicher Bildung: zu wenige Betreuer und Lehrkräfte, keine einheitlichen Bildungsstandards und oftmals zu geringe Deutschkenntnisse der Kinder erschweren die Bildungsvermittlung.

Im Bereich der **Forschung** ist Deutschland zwar bislang überdurchschnittlich. Erfreulich sind die Forschungsergebnisse im Bereich der KI und die Patentanmeldungen. Letztere gehen aber zu einem außergewöhnlich hohen Teil auf die Automobilindustrie zurück. Mit Blick auf den im Gange befindlichen Strukturwandel in diesem Industriezweig wäre eine breitere Aufstellung dringend geboten.

Die **Infrastruktur** in Deutschland schneidet zwar im internationalen Vergleich noch einigermaßen gut ab, hinkt aber hinter derjenigen wichtiger Konkurrenten hinterher. Zudem kommt ein Großteil der Infrastruktur zurzeit in die Jahre. Allein die Brückenprobleme zeigen, dass sich schnell eine Wende zum Schlechteren ergeben kann, wenn nicht zügig gehandelt wird. Das Sondervermögen für Infrastruktur schafft die notwendige Bedingung hierfür, leider aber nicht die hinreichende. Genauso wichtig wie die Finanzierung sind die Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse sowie die Personalausstattung in den Behörden wie auch in der Bauindustrie.

Abb. 4 Zahl der jährlichen Modernisierungen von Autobahnbrücken

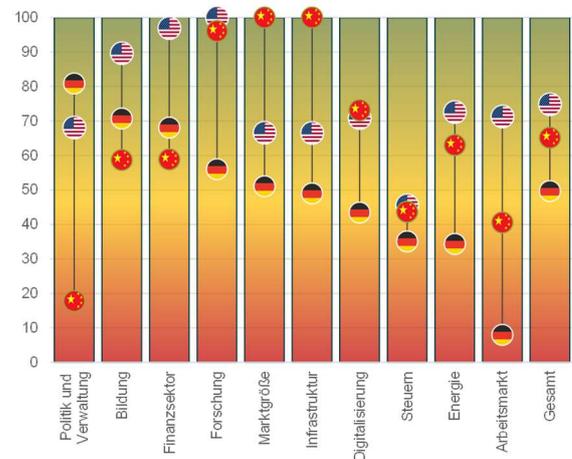


Quellen: Bundesrechnungshof, DekaBank

Die Jahre der Diagnose sind vorbei, nun muss gehandelt werden

Deutschlands Problemzonen sind bekannt, und die Politik scheint verstanden zu haben, dass sich Dinge ändern müssen. Dissens gibt es in erster Linie hinsichtlich der Prioritäten und einzuschlagenden Wege. Im Vorfeld der so erfolgreichen Agenda-Reformen aus den Nullerjahren holte sich die Politik Rat bei renommierten Ökonomen und fasste den Mut zu unpopulären Entscheidungen. Das geschah vor dem Hintergrund einer Arbeitslosenanzahl, die die 5-Millionen-Marke überschritt. Heute sind die ökonomischen Probleme diffuser, weniger greifbar, und vor allem nicht an der Anzahl der Arbeitslosen abzulesen. Doch sie sind nicht weniger gravierend. Wie dringend der Handlungsbedarf ist, zeigt auch der Deka-Standortindikator auf (Abb. 5). Im Vergleich mit den beiden wirtschaftlichen Großmächten USA und China ist Deutschland mit seinen Standortqualitäten abgehängt. Nun gilt es also für die Politik, schnell und mit Weitsicht zu handeln – und dies der Bevölkerung so zu vermitteln, dass diese den Reformprozess auch mitträgt. Wie hieß es so treffend in einem Werbeslogan der 70er-Jahre: „Es gibt viel zu tun – packen wir’s an.“

Abb. 5 Deka-Standortindikator



In dem Indikator werden insgesamt 63 Länder beurteilt. 100.-Wert des besten Landes, 0.-Wert des schlechtesten Landes, alle anderen Länder verteilen sich verhältnismäßig dazwischen.
 Quellen: DekaBank

20. Mai 2025

Autor:

Dr. Andreas Scheuerle
Tel.: 069/7147-2736, E-Mail: andreas.scheuerle@deka.de

Herausgeber:

Chefvolkswirt Dr. Ulrich Kater
DekaBank, Makro Research
Tel. (0 69) 71 47 - 28 49
E-Mail: economics@deka.de

Internet: <https://deka.de/deka-gruppe/research>

Impressum: <https://deka.de/deka-gruppe/impressum>

Rechtliche Hinweise:

Diese Darstellungen inklusive Einschätzungen wurden von der DekaBank nur zum Zwecke der Information des jeweiligen Empfängers erstellt. Die Informationen stellen weder ein Angebot, eine Einladung zur Zeichnung oder zum Erwerb von Finanzinstrumenten noch eine Empfehlung zum Erwerb dar. Die Informationen oder Dokumente sind nicht als Grundlage für irgendeine vertragliche oder anderweitige Verpflichtung gedacht. Sie ersetzen keine (Rechts- und / oder Steuer-) Beratung. Auch die Übersendung dieser Darstellungen stellt keine derartige beschriebene Beratung dar. Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Die hier abgegebenen Einschätzungen wurden nach bestem Wissen und Gewissen getroffen und stammen aus oder beruhen (teilweise) auf von uns als vertrauenswürdig erachteten, aber von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen, einschließlich der rechtlichen Ausführungen, ist ausgeschlossen. Die enthaltenen Meinungsäußerungen geben die aktuellen Einschätzungen der DekaBank zum Zeitpunkt der Erstellung wieder, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern können. Jeder Empfänger sollte eine eigene unabhängige Beurteilung, eine eigene Einschätzung und Entscheidung vornehmen. Insbesondere wird jeder Empfänger aufgefordert, eine unabhängige Prüfung vorzunehmen und/oder sich unabhängig fachlich beraten zu lassen und seine eigenen Schlussfolgerungen im Hinblick auf wirtschaftliche Vorteile und Risiken unter Berücksichtigung der rechtlichen, regulatorischen, finanziellen, steuerlichen und bilanziellen Aspekte zu ziehen. Sollten Kurse/Preise genannt sein, sind diese freibleibend und dienen nicht als Indikation handelbarer Kurse/Preise. **Bitte beachten Sie: Die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.** Diese Informationen inklusive Einschätzungen dürfen weder in Auszügen noch als Ganzes ohne schriftliche Genehmigung durch die DekaBank vervielfältigt oder an andere Personen weitergegeben werden.